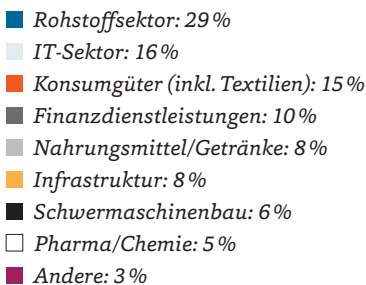


Warum es die Konzernverantwortungsinitiative braucht

Vorwürfe nach Sektoren¹



Ob Shell in Nigeria, Dow Chemical in Bhopal oder Modemarkenfirmen in Billiglohnländern: Seit Jahrzehnten gibt es unzählige Fälle, wie Unternehmen Menschenrechte verletzen und die Umwelt zerstören. Schweizer Firmen sind hier keine Ausnahme. Eine aktuelle Studie, welche Zahlen des Business & Human Rights Resource Centre auswertete, belegt dies.² Das Zentrum dokumentiert auf seiner Website (business-humanrights.org) seit zehn Jahren Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen an Unternehmen und gibt diesen Gelegenheit, darauf zu reagieren. Es ist die weltweit umfangreichste Sammlung solcher Berichte, aber auch hier sind längst nicht alle Vorkommnisse erfasst, sondern nur jene, die von Betroffenen, Nichtregierungsorganisationen oder Medien ans Licht der Öffentlichkeit gebracht wurden. Ein Blick auf die primär betroffenen Branchen zeigt: Menschenrechtsverletzungen kommen gehäuft in Sektoren vor, in denen Schweizer Firmen stark vertreten sind, allen voran im Rohstoffsektor.

Schlüsselt man die dokumentierten Fälle nach Ländern auf, so liegt der Firmensitz Schweiz bezüglich Vorwürfen absolut auf Rang 9. Berücksichtigt man hingegen die Grösse der Schweizer Volkswirtschaft (bzgl. BIP liegt die Schweiz weltweit auf Rang 20), so liegt die Schweiz sogar auf Rang 5.

Über 60% der Schweizer Konzerne haben keine Menschenrechtspolitik

In einer Studie (veröffentlicht im April 2016) haben Brot für alle und Fastenopfer die Menschenrechtspolitik der 200 grössten Schweizer Konzerne analysiert. Die Resultate sind enttäuschend:

- 61% der grössten Schweizer Unternehmen verfügen weder über einen Verhaltenscodex noch über eine Menschenrechtspolitik. Sie veröffentlichen keinerlei Hinweise zu dieser Thematik.
- Nur 11% der untersuchten Unternehmen haben damit begonnen, die Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte umzusetzen, die 2011 von der Uno verabschiedet wurden.

Diese Studie bestätigt, dass nur eine Minderheit der Konzerne auf freiwilliger Basis eine glaubwürdige und progressive Menschenrechtspolitik verfolgt. Die freiwilligen Massnahmen sind ungenügend, weshalb eine verbindliche Sorgfaltsprüfung nötig ist, wie sie die Konzernverantwortungsinitiative fordert.³

Die folgenden vier Fallbeispiele zeigen, wie Schweizer Konzerne in Menschenrechtsverletzungen oder Umweltverschmutzung verwickelt sind – und was die Konzernverantwortungsinitiative ändern würde:

Glencore verschmutzt Flüsse im Kongo

Der Schweizer Rohstoffkonzern Glencore verschmutzt mit seiner Fabrik Luilu Gewässer in der Demokratischen Republik Kongo. Die Analyse von Proben aus dem Canal Albert und dem Fluss Pingiri zeigten, dass diese Wasserläufe hohe Kupfer- und Kobalt-Konzentrationen aufweisen. Diese liegen ein Vielfaches über den im Gesetz festgelegten und laut der Weltgesundheitsbehörde noch zulässigen Grenzwerten: Die Belastung mit Kupfer liegt bis zu sechs Mal über den Grenzwerten, bei Kobalt sogar bis zu 53 Mal. Offenbar genügen die Gegenmassnahmen von Glencore nicht - und das hat verheerende Folgen: Im Fluss Luilu leben keine Fische mehr, und die einstigen Weideflächen entlang des Flusses gleichen „verbrannter Erde“. Die Bewohnerinnen und Bewohner flussabwärts können das Wasser weder für ihre täglichen Bedürfnisse noch für das Bewässern der Felder nutzen.



Zudem liegt eine Mine von Glencore (Mutanda Mining in der Region Basse-Kando) in einem Jagdschutzgebiet, in dem das Gesetz ausdrücklich jegliche Bergbautätigkeit verbietet. Dennoch hat Mutanda Mining eine Konzession erhalten und treibt das Projekt voran, ohne diesen Widerspruch zu klären. Darüber hinaus hat das Abwasser der Mine mehrere Äcker der Kleinbauern im Naturschutzgebiet verseucht und den Kando-Fluss verschmutzt, in dem Nilpferde leben.

Die Initiative würde Glencore verpflichten, ihre gesamten Aktivitäten im Kongo einer Sorgfaltsprüfung zu unterziehen. Hätte Glencore diese ernst genommen, hätte der Konzern in Luilu eine wirksame Abwasserreinigungsanlage gebaut, um die Umweltverschmutzung vollständig zu verhindern. Bei der Mutanda-Fabrik hätte Glencore Auffangbecken bauen können, um zu vermeiden, dass verunreinigtes Abwasser in das Naturschutzgebiet ausgetragen wird.⁴

**Tödliches Benzol in der Handy-
Produktion**

Das giftige Benzol wird in der Produktion von Mobiltelefonen und anderen IT-Geräten benutzt – mit fatalen Folgen: Allein in China sind bis heute rund 100'000 Menschen an den Folgen einer Benzolvergiftung gestorben. Die Substanz wird unter anderem in der Endphase der Mobiltelefonproduktion eingesetzt. Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind dabei kaum geschützt und ungenügend über die Gesundheitsrisiken informiert, die im Umgang mit dem toxischen Stoff bestehen. Resultat: alle fünf Stunden erleidet in China eine Arbeiterin oder ein Arbeiter eine Benzolvergiftung.

Die vier grössten Schweizer Handy-Verkäufer (Swisscom, Sunrise, Salt, Mobilezone) nehmen ihre Verantwortung in Bezug auf Benzol zu wenig wahr: Sie haben keine expliziten Richtlinien zur Verwendung von Benzol bei ihren Lieferanten. Bis im Oktober 2016 anerkennt nur Swisscom das Problem und zieht entsprechende Massnahmen in Betracht. Sunrise zögert. Salt und Mobilezone jedoch stellen sich taub und streiten jegliche Verantwortung ab. Dieses Verständnis der Sorgfaltsprüfung entspricht nicht den Uno-Richtlinien für Unternehmen und Menschenrechte.

Die Initiative würde die Schweizer Mobiltelefon-Verkäufer verpflichten, eine Sorgfaltsprüfung in ihrer Lieferkette durchzuführen. Das würde auch bedeuten, dass sie eine Strategie vorlegen müssten, wie Benzol aus der Produktion verbannt werden kann. Dazu gehörten Gespräche mit Markenfirmen und eigene Audits in den Produktionsbetrieben. Alternativen zu Benzol sind vorhanden. Sie sind weniger gefährlich für die Gesundheit und kosten weniger als einen Franken mehr pro Telefon.⁵

**Missbräuchliche Kinderarbeit auf
Kakaoplantagen**

Während die Wertschöpfungskette in der Schokoladenindustrie von immer weniger Grosskonzernen dominiert wird, leben Westafrikas Kakaobäuerinnen und -bauern in immer extremerer Armut. Eine Kakao anbauende Familie in der Elfenbeinküste, dem Hauptproduktionsland des Schoggi-Rohstoffs, müsste heute viermal mehr verdienen, um auch nur die offizielle Armutsgrenze von 2 Dollar Tageseinkommen zu erreichen. Wegen dieser Dumping-Einkommen können sich die Familien keine Erntehilfen und andere Arbeitskräfte leisten. Und deshalb arbeiten über eine halbe Million schulpflichtiger Kinder unter missbräuchlichen Bedingungen auf Kakaoplantagen von Kleinproduzenten, statt in die Schule zu gehen.

Mit knapp 12 Kilogramm pro Kopf und Jahr ist die Schweiz nicht nur Weltmeisterin im Schokoladekonsum; „Schoggi“, ist auch eines der bekanntesten und beliebtesten Schweizer Exportprodukte. Kein Wunder haben fünf der weltweit grössten Schokoladenproduzenten und Kakaoverarbeiter sowie -händler hierzulande ihren Hauptsitz: Nestlé in Vevey, Mondelez (ehemals Kraft Foods) in Zürich (europäischer

Hauptsitz), Lindt&Sprüngli in Kilchberg, Barry Callebaut in Dübendorf und Ecom Agroindustrial in Pully.

Die Annahme und Umsetzung der Initiative würde gleich lange Spiesse schaffen. Alle Firmen des Kakaosektors wären verpflichtet, Sorgfaltsprüfungen durchzuführen und missbräuchliche Kinderarbeit zu verhindern. Letzteres etwa durch weitergehende Transparenz in der Produktionskette, die nachweisliche Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen auf den Kakaofarmen und dadurch, dass Kakaobauernfamilien schliesslich ein existenzsicherndes Einkommen erhalten.⁶

Valcambi kauft von Kindern geschürftes Gold

Im September 2015 veröffentlichte Public Eye (damals noch als „Erklärung von Bern“) einen Bericht über die Verarbeitung von acht Tonnen Gold aus Togo durch die Tessiner Raffinerie Valcambi. Wichtiges Detail: Togo produziert gar kein Gold. Tatsächlich stammt dieses Edelmetall aus Burkina Faso, wo es in kleingewerblichen Minen gefördert wird. Die Arbeitsbedingungen der Schürfer sind menschenverachtend und 30 – 50 Prozent der dort Arbeitenden sind Kinder. Das Gold wurde nach Togo geschmuggelt – wodurch Burkina Faso wichtige Einnahmen verlor – von dort nach Genf exportiert, um schliesslich im Tessin veredelt zu werden. Die Goldraffinerie Valcambi hält sich nach eigenen Angaben bei ihrer Herkunftsprüfung des Rohstoffs an strenge Standards wie die OECD-Leitsätze „zur Förderung verantwortungsvoller Lieferketten für Minerale aus Konflikt- und Hochrisikogebieten“.

Die Schweiz ist weltweit führend bei der Raffinierung von Gold. Firmen mit Sitz in der Schweiz importieren jedes Jahr Gold in der Grössenordnung von 50 Prozent der weltweiten Produktion. Die Public Eye-Recherche zeigt, dass es nicht ausreicht, auf den guten Willen der Unternehmen und die freiwillige Umsetzung von Standards zum Schutz der Menschenrechte zu vertrauen. Hätte sich Valcambi an seine eigenen Beteuerungen gehalten und hätte das Unternehmen eine seriöse Sorgfaltsprüfung der Lieferkette durchgeführt, dann hätte die problematische Herkunft des Golds entdeckt werden müssen. Bereits die Tatsache, dass das Gold nicht aus Togo kommen kann, weil dort gar kein Gold gefördert wird, hätte die Alarmglocken läuten lassen müssen.

Wäre die Konzernverantwortungsinitiative schon in Kraft, wäre Valcambi wie alle anderen Raffinerien gesetzlich verpflichtet, die Herkunft des Golds genau abzuklären um zu verhindern, dass bei dessen Produktion Menschenrechte oder internationale Umweltstandards verletzt worden sind.

Das Unternehmen hätte konkrete Massnahmen zur Verminderung und Verhütung allfälliger Menschenrechtsverletzungen ergreifen müssen. Und es hätte transparent über die Erfüllung seiner Sorgfaltspflicht und der ergriffenen Massnahmen berichten müssen.⁷

1 Quelle: Kamminga 2015, basierend auf 1877 Vorwürfen von 2005 – 2014 auf business-humanrights.org

2 Menno T. Kamminga, Utrecht University, Company Responses to Human Rights Reports: An Empirical Analysis. Die daraus stammenden nach Heimatland aufgeschlüsselten Zahlen wurden hier mit Daten der Weltbank zum BIP angereichert.

3 https://sehen-und-handeln.ch/content/uploads/2016/01/Studie_Konzerne_D.pdf

4 <https://brotfueralle.ch/glencore>

5 <https://sehen-und-handeln.ch/benzol/>

6 <https://www.publiceye.ch/de/themen-hintergruende/konsum/schokolade/der-kakaomarkt/>

7 https://www.publiceye.ch/fileadmin/files/documents/Rohstoffe/EvB_erklaerung_Sonderausgabe_Sept_05_2015.pdf